



Newsletter Migration und Integration, Ausgabe 15/2011

Bremen, den 8. September 2011

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

nach der langen Sommerpause melden wir uns mit einem Überblick über unsere neuen grünen Initiativen – außerhalb und innerhalb der Bürgerschaft - zurück. Außerdem finden Sie zum Auftakt der neuen Legislatur einen Beitrag von Zahra Mohammadzadeh über die zukünftige Integrationspolitik in Bremen und Bremerhaven, die eine deutliche grüne Handschrift im Koalitionsvertrag trägt. In dieser Ausgabe befassen wir uns mit dem Schwerpunkt Arbeit und Soziales. In den nächsten Ausgaben des Newsletters werden Sie weitere Auswertungen einzelner Politikbereiche bezogen auf die Integrationspolitik vorfinden.

Last but not least: Seit diesem Monat arbeitet Anthrin Simon wieder als Referentin für Integration und Migration in der Fraktion. Sie wird Zahra Mohammadzadeh wie bisher rund um das Thema unterstützen und steht auch gerne als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Viel Freude beim Lesen wünschen

Zahra Mohammadzadeh und Anthrin Simon

Integrationspolitik in der neuen Legislatur

Integration ist jetzt Chefsache – aber alle Ressorts müssen mitmachen!

Ein Beitrag von Zahra Mohammadzadeh

Welche Rolle wird die Integrationspolitik in der Legislaturperiode 2011 – 2015 spielen? Heute möchte ich den Blick auf die Politikbereiche **Arbeit und Soziales** richten.

Mit Regierungsantritt des neuen Bremer Senats ist ein Teil der Zuständigkeit für die Integrationspolitik in die Senatskanzlei übergewechselt. Integration ist damit zur

Chefsache geworden. Aber ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, dass sie gleichzeitig für alle Ressorts ein wichtiges Aufgabengebiet bleibt.

Die heutige Stadtgesellschaft ist eine Gesellschaft der Vielfalt, diese simple, aber durchaus nicht in allen politischen Lagern geteilte Erkenntnis stellt die Bremer Koalition ganz an den Anfang ihrer Regierungsvereinbarung. Der Vielfalt von Kulturen und Religionen, von Herkunft und Lebensstilen mit Respekt und Anerkennung zu begegnen und nach der Lösung von Problemen und Konflikten mit sachlicher Diskussion und mit Partnerschaft auf Augenhöhe zu suchen ist in der politischen Landschaft Deutschlands leider immer noch nicht jedermanns Sache. Wenn Bremen also mit einer solchen an Menschenrechten und interkultureller Akzeptanz orientierten Einwanderungs- und Integrationspolitik in die neue Legislaturperiode geht, dann trägt das eindeutig unsere **grüne** Handschrift. Wie ein grüner Faden zieht sich dieser Grundansatz durch den Koalitionsvertrag. Schön, dass die SPD das ebenso sieht.

Im Folgenden ein paar Beispiele aus dem Koalitionsvertrag:

So soll in der **Wirtschaftsförderung** der „Integration von Ausländern und Migranten in den regionalen Arbeitsmarkt“ verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt werden, mit dem Ziel, sie zu beschleunigen. Für die rotgrünen Koalitionäre ist dies sogar eines der Kriterien, an denen die Wirtschaftsförderung künftig gemessen werden soll. Sie sind darüber hinaus der Ansicht, dass der Weg in die Selbstständigkeit berufliche Perspektiven bieten kann, die der Arbeitsmarkt sonst nicht hergibt. Darauf soll die Existenzgründungsberatung ausgerichtet werden. Unternehmensgründungen durch Migrantinnen und Migranten sollen durch gezielte Unterstützung im Rahmen der bestehenden Programme gefördert werden.

Die Koalition hat erkannt: **Arbeit** ist der größte „Integrationsmotor“. Deshalb muss die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt besonders unterstützt werden. Mehr als 50 % aller Leistungsbeziehenden in Bremen haben einen Migrationshintergrund. Knapp drei Viertel davon verfügen über keinen Berufs-/ Ausbildungsabschluss. Deshalb wird dem Jobcenter Bremen aufgegeben, abschlussorientierten Berufsweiterbildungsangeboten größeren Stellenwert zuzumessen. Bremen will sich auf Bundesebene auch für eine umfassende Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse und für notwendige Nachqualifizierungsmaßnahmen einsetzen. In Bremen selbst soll dafür eine Stelle bestimmt werden, die die Antragstellenden zu den für die Anerkennung zuständigen, z. B. berufsständischen Einrichtungen und Instanzen vermittelt. Mit all diesen Maßnahmen soll dazu beigetragen werden, bisher ungenutzte Potenziale der Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu mobilisieren. Qualifizierungs- und Orientierungsmaßnahmen sollen nicht nur auf ihre Wirksamkeit und Passgenauigkeit auf den Prüfstand, sondern stärker als bisher auch hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe von Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund überprüft werden.

Die „Bremer Vereinbarung“ mit den Unternehmen wird als gute Grundlage der **Ausbildungsbeteiligung** von Migrantinnen und Migranten gesehen. Gleichzeitig bemüht sich der Senat, die Ausbildungsquote von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst weiter zu erhöhen. Generell soll der Anteil von Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst weiter ausgebaut werden, insbesondere im Schul- und im Polizeidienst.

Auch im Bereich **Soziales** greift die rotgrüne Integrationspolitik. Die Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu aktiven Bürger-Städten wird unter besonderer Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in Angriff genommen. So sollen ressortübergreifende soziale Stadtteilkonzepte aufgestellt werden, in denen die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einen besonderen Stellenwert erhält. Die Koalition sieht die Migrantinnen und Migranten aber nicht nur auf der passiven Empfängerseite solcher Konzepte. Sie hält ein verändertes Miteinander auf der Grundlage der Chancengleichheit und mehr Teilhabe nur dann für möglich, wenn die Fähigkeiten von Migrantinnen und Migranten und ihre Beiträge zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens anerkannt und einbezogen werden. Dies gilt auch für den Erwerb der deutschen Sprache, denn sie ist der Schlüssel für die gesellschaftliche Teilhabe, die Wahrnehmung von Lebenschancen, für den Erwerb von Bildung, eine Erwerbstätigkeit und den Erfolg im Beruf. Genauso entschieden bekennt sich die Koalition allerdings zum Kampf gegen jegliche Erscheinung von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Ausgrenzung, die der Chancengleichheit entgegenstehen.

Das ressortübergreifende **Integrationskonzept** des Bremer Senats 2007-2011 wird in der neuen Legislaturperiode fortgeschrieben. Neu ist die Forderung nach einer wirksamen Beteiligungskomponente, die, so wird angedeutet, über die bisherige Einbeziehung von Migrantenorganisationen hinausgehen muss, wenn sie offen und inklusiv gestaltet werden soll.

Im nächsten Newsletter: Integrationspolitik in Bildung und Gesundheit.

Parlamentarische Initiativen

Kleine Anfrage zu Einbürgerungen in Bremen

Das Staatsangehörigkeitsrecht ist ein besonderes Instrument, mit dem wir die Menschen, deren Lebensmittelpunkt unser Bundesland ist, uneingeschränkt an unserer Gesellschaft partizipieren lassen können. Erst mit dem deutschen Pass können sie an Wahlen teilnehmen, selbst kandidieren und auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens ihre Interessen aktiv vertreten. Die Einbürgerung von Bremerinnen und Bremern mit Migrationshintergrund ist deshalb als wichtige Komponente des Bremer Integrationskonzepts zu fördern. Um dies gezielt zu tun, hat sich die Grüne Fraktion nun nach dem derzeitigen Stand erkundigt und eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet. Sobald uns die Antwort des Senats vorliegt, werden wir Sie gerne in einem unserer nächsten Newsletter informieren.

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Landtag) - Die Menschen an der Gesellschaft partizipieren lassen - Einbürgerung fördern http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/KIA-2011-08-30_Einbuengerung_41b.pdf

Aktuelles

Initiative für Doppelte Staatsbürgerschaft unterstützen

Bremen tritt der baden-württembergischen Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Optionspflicht bei. Dazu erklärt die migrations- und integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh: „Die doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene und aufgewachsene junge Menschen aus Zuwandererfamilien ist keine Bekenntnisfrage, sondern schlicht deutscher Alltag. Sie gesetzlich zu zwingen, sich als Volljährige gegen eine ihrer beiden Nationalitäten zu entscheiden, ist absurd. Die CDU muss ihre Blockadehaltung aufgeben, um diesen integrationspolitischen Unsinn zu beenden.

Die komplette Pressemitteilung können Sie lesen unter: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/388/388037.initiative_fuer_doppelte_staatsbuergersc.html

Veranstaltungshinweis

Afrika ist auch in Bremen

Im Rahmen der Afrika-Messe 2011 findet am Freitag, den 16. September 2011, um 10.45Uhr, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Forderungen für eine gelungene Integration" statt. Vertreter der afrikanischen Community in Bremen werden mit Repräsentanten der Bremischen Bürgerschaft debattieren. Die Themenschwerpunkte der Podiumsdiskussion werden in den Bereichen Schule, Ausbildung und Beruf sowie auf den von der Stadt Bremen geleisteten Hilfeleistungen für afrikanische Migranten liegen. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter: <http://www.bremen-opencity.de/resources/PD+Integration+Info.pdf>
<http://www.bremen-opencity.de/resources/PD+Integration+Personen.pdf>



Ansprechpartnerinnen für Nachfragen:

Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin

zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de, Tel.: 3011 - 155



Antrhin Simon, Referentin für Migration und Integration

antrhin.simon@gruene-bremen.de, Tel.: 3011 - 238

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>